Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Freitag, 6. November 2026 | Nr. 45 | 68. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG

Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Honigtopf Mehrwertsteuer
von Heinrich Vettiger
Seite 2

Kanton Zürich
Grüne wollen die SNB umlackieren
von Marc Bochsler
Seite 3

Aktuell
Ausgleichszahlungen für den Raubvogel EU
von Karl Spühler
Seite 5

Parlamentsgemeinden
Politisches Versagen der Zürcher Stadtregierung
Gemeinderatsfraktion
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
EU-Info-Anlass am 13.11. in Regensdorf
Seite 8

ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2026

JA zum Kriegsmaterialgesetz, JA zur bewaffneten Neutralität

Die Sicherheitslage in Europa hat sich grundlegend verändert. Als Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats beschäftigte ich mich in den letzten Jahren immer wieder mit der Frage, wie wir uns als neutrales Land selbst verteidigen können. Die Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes ist ein wichtiges Element dazu.



Die bewaffnete Neutralität der Schweiz verlangt, dass unser Land verteidigungsfähig ist. Bild: zVg

Das Parlament hat drei Anpassungen im Gesetz über das Kriegsmaterial (KMG) beschlossen. Erstens legt der Bundesrat die Ausfuhrregeln neu bereits beim Verkauf fest und nicht erst mitten in einem Konflikt. Zweitens dürfen unsere Nachbarländer Material, das sie in der Schweiz gekauft haben, grundsätzlich weitergeben. Der Bundesrat kann dies weiterhin aber einschränken. Drittens können unsere Nachbarländer auch im Konfliktfall beliefert werden, sofern dies mit unserer Neutralität vereinbar ist.

Bewaffnete Neutralität braucht Rüstungsindustrie

Die bewaffnete Neutralität der Schweiz verlangt, dass unser Land verteidigungsfähig ist. In einer Krise schaut jedes Land zuerst für sich. Dann liefert uns niemand Munition oder Ersatzteile. Eine Armee ohne Nachschub steht nach wenigen Tagen still. Deshalb brauchen wir eine eigene, leistungsfähige Rüstungsindustrie, welche für Nachschub sorgt und auch die Wartung und technologische Weiterentwicklung der Waffensysteme sicherstellt. Ohne diese Industrie wird die Schweiz vollständig vom Ausland abhängig.

Abwanderung von weiteren Firmen stoppen – JA zum KMG

Von den Aufträgen unserer Armee allein kann keine Firma leben. Weil unsere Gesetzgebung so starr ist, mussten Firmen den Produktionsstandort Schweiz aufgeben und wanderten ab. Die Firma Saltech verlagerte die Produktion von 12,7-mm-Munition nach Ungarn. Systems Assembling verlagerte den Grossteil seines Verteidigungsgeschäfts nach Portugal. Am Schweizer Standort im Kanton Neuenburg ging dadurch die Hälfte der rund 120 Arbeitsplätze verloren. Auterion, ein führendes Unternehmen für Drohnen- und Robotersteuerungen, hat seinen Hauptsitz komplett aus Zürich in die USA verlegt. B&T AG, der Spezialist für Handfeuerwaffen und Schalldämpfer, hat einen eigenen Produktionsstandort in Deutschland eröffnet. Um unsere Verteidigungsfähigkeit, den Wirtschaftsstandort Schweiz und unsere Arbeitsplätze zu sichern, hat das Parlament eine Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes verabschiedet, die den Firmen das Überleben sichert und unsere bewaffnete Neutralität stärkt.

> *«Die Anpassungen im KMG stärken unsere bewaffnete Neutralität.»*

Die Neutralität wird gestärkt

Heute muss der Bundesrat mitten in einem Konflikt entscheiden, ob ein Land das in der Schweiz gekaufte Material weitergeben darf. Damit gerät er in den Fokus, wenn der Druck aus dem In- und Ausland am grössten ist. Jeder Entscheid wird so zu einem Urteil über eine Kriegspartei und stellt die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität infrage. Mit der Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes werden die Bedingungen für eine Weitergabe neu bereits beim Verkauf festgelegt, in Ruhe und nach klaren Regeln. Zudem kann er jeden Kauf untersagen, wenn neutralitäts-, aussen- oder sicherheitspolitische Interessen der Schweiz betroffen sind. Die strengen Ausschlusskriterien bleiben bestehen. Wer Menschenrechte schwer verletzt oder die Zivilbevölkerung angreift, erhält ohnehin keine Schweizer Waffen. Das SECO prüft weiterhin jedes einzelne Gesuch.

> *«Strenge gesetzliche Voraussetzungen und Bewilligungsverfahren bleiben bestehen.»*

Die bewaffnete Neutralität verpflichtet uns, unser Land aus eigener Kraft zu verteidigen. Das gelingt nur mit einer gut ausgerüsteten Armee und einer Industrie, die hier produziert und entwickelt. Die Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes sichert beides. Darum sage ich am 29. November klar JA.



Mauro Tuena
Nationalrat SVP
Zürich

Albisgüetli-Tagung SVP
Die grösste politische Veranstaltung der Schweiz



39. Albisgüetli-Tagung
Melden Sie sich an! Infos:

Möchten Sie die Albisgüetli-Tagung finanziell unterstützen?
IBAN CH32 0900 0000 8762 7681 2
SVP Kanton Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Vielen Dank für Ihren Beitrag!

Volksabstimmung vom 29. November 2026

Eidgenössische Vorlagen

1. Bundesbeschluss vom 19. Juni 2026 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	NEIN
2. Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»	NEIN
3. Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!»	JA
4. Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG)	JA



Christoph Mörgeli

Linke schonen, Rechte anprangern

Es ist ein Muster, das sich in unserem Medienalltag regelmässig wiederholt. Und das den Verdacht der einseitigen Berichterstattung erhärtet: Die ungleiche Gewichtung von Familiengeschichten im politischen Umfeld. Wie jetzt bei einem aktuellen Beispiel aus dem Berner Oberland.

Der Sohn einer stellvertretenden SP-Stadtpräsidentin einer Berner Stadt geriet in den Fokus der Justiz. Der rabiate FC-Thun-Fan mit einem Ausbildungsplatz an einer Kindertagesstätte hat am 15. Oktober in Holland einen Polizisten angegriffen, in den Kopf getreten und verletzt. Die Anklage gegen den Zwanzigjährigen lautete auf versuchte schwere Körperverletzung. Der Täter hat Kokain, Speed und Alkohol konsumiert. Er ist auch unter dem Einfluss eines verheerenden Drogencocktails kriminell und gewalttätig geworden – und wurde vom niederländischen Gericht zu vier Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Doch wer in den Medienberichten nach dem prominenten Namen der Mutter suchte, stiess auf eine Mauer des Schweigens. Geschrieben wurde höchstens von einer «prominenten SP-Politikerin aus dem Kanton Bern» («Blick»). Die «Berner Zeitung» liess die prominente Mutter gänzlich aus dem Spiel. Die Privatsphäre der SP-Politikerin wurde mit äusserster Akribie geschützt, die Verfehlung des Sohnes strikt als dessen persönliches Problem dargestellt.

Eine Verknüpfung zur politischen Herkunft oder dem familiären Umfeld gab es in diesem Fall nicht. Ganz anders präsentierte sich allerdings diese journalistische Tugend, als es um die Familie des damaligen SVP-Präsidenten und späteren Bundesrats Ueli Maurer ging. Als dessen Sohn wegen einer Hanfpflanze in die Schlagzeilen geriet, prangte der Name des prominenten Vaters sofort in den Schlagzeilen. Die Verbindung wurde genüsslich politisiert, die moralische Integrität der gesamten Familie ins Visier genommen. Während bei bürgerlichen Exponenten die Sippenhaftung schnell greift, um das politische Image zu beschädigen, werden bei linken Politikern schützende Hände ausgebreitet. Bei Journalisten waltet eben die höhere Ungerechtigkeit.

ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2026

Honigtopf Mehrwertsteuer

Die Grundidee der Mehrwertsteuer ist einfach: Besteuert werden soll der Konsum, nicht aber die Wertschöpfung der Unternehmen. Durch den Vorsteuerabzug soll verhindert werden, dass eine Steuerkaskade entsteht, bei der auf bereits erhobene Steuern nochmals Steuern anfallen.



Heinrich Vettiger
Stadtrat SVP
Wetzikon

Die Grundidee besteht also nicht darin, durch dauernde Querfinanzierung mittels Steuererhöhungen immer neue Staatsausgaben zu finanzieren.

Der erste Sündenfall beim Systemwechsel

Als 1995 die Warenumsatzsteuer (WUSt) durch die Mehrwertsteuer (MwSt) abgelöst wurde, beging der Bund aus meiner Sicht bereits den ersten Sündenfall. Statt den bisherigen WUSt-Satz von 6,2 Prozent als Ausgangspunkt zu übernehmen, setzte er den neuen MwSt-Normalsatz auf 6,5 Prozent fest. Zwar unterschieden sich die beiden Steuersysteme hinsichtlich ihrer Bemessungsgrundlagen, doch bereits beim Systemwechsel wurde die Gelegenheit genutzt, zusätzliche Einnahmen zur Sanierung der Bundesfinanzen zu beschaffen.

Die Tabelle zeigt die seitherige Entwicklung der Mehrwertsteuer und die unterschiedlichen staatlichen Aufgaben, für deren Finanzierung sie wiederholt erhöht wurde. 2018 sank der Satz vorübergehend auf 7,7 Prozent. Der Grund dafür war nicht etwa eine grundsätzliche steuerpolitische Kehrtwende: Die bis Ende 2017 befristete IV-Zusatzfinanzierung von 0,4 Prozentpunkten lief aus. Gleichzeitig kamen 0,1 Prozentpunkte für die Bahninfrastruktur hinzu. Die Nettoentlastung betrug folglich lediglich 0,3 Prozentpunkte. Bereits 2024 folgte die nächste Erhöhung auf 8,1 Prozent.

> *«Höhere Mehrwertsteuern erhöhen die Preise für Konsumentinnen und Konsumenten.»*

Die Konsumenten bezahlen die Rechnung

Das Muster ist offensichtlich: Sobald bei einer staatlichen Aufgabe zusätzlicher Finanzbedarf entsteht, wird auf den Honigtopf Mehrwertsteuer zurückgegriffen. Statt die Finanzierung innerhalb des betroffenen Aufgabenbereichs anzupassen, werden die Kosten auf die Allgemeinheit der Konsumenten verteilt.

> *«Die Mehrwertsteuererhöhung löst das AHV-Problem nicht.»*

Genau darin liegt für mich der «missbräuchliche» Griff in den Honigtopf Mehrwertsteuer. Zwar sind die zusätzlichen Einnahmen jeweils bestimmten Aufgaben zugewiesen, doch die Steuer wird zunehmend als universelles Finanzierungsinstrument des Bundes eingesetzt. Dadurch wird die finanzielle Belastung von der betreffenden Aufgabe auf die Allgemeinheit der Konsumenten verlagert. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen einer politischen Leistung, ihren tatsächlichen Kosten und ihrer Finanzierung geht damit zunehmend verloren. Eine transparente, sachgerechte und möglichst verursachergerechte Finanzierung sieht für mich anders aus.

Immerhin hat das Stimmvolk diesem Vorgehen bereits zweimal Grenzen gesetzt: 2004 wurde eine Mehrwertsteuererhöhung für AHV und IV mit 68,6 Prozent Nein-Stimmen verworfen. 2017 scheiterte eine weitere Erhöhung zur Finanzierung der Altersvorsorge erneut, wenn auch äusserst knapp.

Der nächste Griff für die 13. AHV-Rente

Die vom Volk beschlossene 13. AHV-Rente verursacht unbestritten zusätzliche Kosten, die finanziert werden müssen. Statt die Finanzierung innerhalb des AHV-Systems transparent und gezielt anzupassen, soll dafür erneut die allgemeine Konsumbesteuerung erhöht werden. Damit wird zwar offengelegt, wofür die zusätzlichen Einnahmen verwendet werden, die Finanzierung aber auf eine breite Konsumentengruppe verteilt, anstatt sie unmittelbar im betroffenen Sozialversicherungssystem zu regeln.

> *«Ein NEIN stärkt die Forderung nach einer langfristig gesicherten AHV.»*

Seit ihrer Einführung ist die Mehrwertsteuer von 6,5 auf 8,1 Prozent gestiegen. Das entspricht einer Erhöhung um beinahe 25 Prozent. Jede einzelne Anpassung mag für sich genommen überschaubar erscheinen. Doch auch Kleinvieh macht über die Jahre Mist.

Aus meiner Sicht darf die Mehrwertsteuer nicht zum bequemen Selbstbedienungstopf für immer neue Finanzierungsaufgaben des Bundes werden. Aus diesem Grund werde ich am 29. November 2026 die vorgeschlagene Mehrwertsteuererhöhung ablehnen.

Jahr	Normalsatz	Veränderung	Begründung
1995	6,5%	+0,3 Pp. gegenüber WUSt	Einführung MwSt, Bundesfinanzen
1999	7,5%	+1,0 Pp.	Finanzierung AHV/IV
2001	7,6%	+0,1 Pp.	Eisenbahngrossprojekte
2004	7,6%	Erhöhung abgelehnt	Zusatzfinanzierung AHV/IV
2011	8,0%	+0,4 Pp.	Sanierung der IV
2017	8,0%	Erhöhung abgelehnt	Altersvorsorge 2020
2018	7,7%	–0,3 Pp.	Ende IV-Zusatzfinanzierung, Bahnfinanzierung
2024	8,1%	+0,4 Pp.	AHV 21
2028 (geplant)	8,5%	+0,4 Pp.	Teilfinanzierung der 13. AHV-Rente

Die Tabelle zeigt die seitherige Entwicklung der Mehrwertsteuer und die unterschiedlichen staatlichen Aufgaben, für deren Finanzierung sie wiederholt erhöht wurde. Tabelle: zVg

LINKES VORZEIGEPROJEKT AUF KOSTEN DES STEUERZAHLERS

Antirassismus ad absurdum

Im Zürcher Oberland geht der Rassismus um. Zumindest nach Meinung einer Koordinationsgruppe «Wer sind wir?», die den ganzen Monat November zu einem «Aktionsmonat gegen Rassismus» aufruft. Das Ganze natürlich auf Kosten der Steuerzahler.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Hinschauen, zuhören und miteinander ins Gespräch kommen will die IG Aktionen gegen Rassismus im Zürcher Oberland. Sie ist im Stadthaus Effretikon bei der Abteilung Gesellschaft untergebracht. Es wird aber nur sehr einseitig hingeschaut. Ausländergewalt oder Migrationsprobleme bestehen für diese Gruppe nicht. Alles steht unter der Frage: Wo haben wir Rassismus beobachtet?

Einseitige Propaganda

Das Angebot umfasst Gesprächsrunden, Lesungen, Workshops, Filmvorführungen, Theater, Koch- und Begegnungsanlässe, Ausstellungen und Büchertische – für Kinder und Erwachsene. Viele Anlässe sind kostenlos, bei einigen ist eine Anmeldung nötig. Die Veranstalter sind geübt in einseitiger Propaganda. So werden an die Antifa erinnernde Antirassismus-Workshops für Jugendliche angeboten. Auch Antirassismus-Gottesdienste, Menschenketten – alle Teilnehmer selbstverständlich mit der gleichen Meinung – und Erzählcafés werden angeboten. Man will gemeinsam «Vielfalt» entdecken. Dass diese Vielfalt manchmal der einheimischen Gesellschaft einfach zu viel wird, wird verschwiegen. Der Auftrag ist ja ein anderer. «Sind wir alle Fremde?» Mit solchen Fragen werden Unterschiede eingeebnet. Alles muss gleich sein.

Keine Gemeindeaufgabe

Unterstützt werden diese rund 50 einseitigen Veranstaltungen von den Gemeinden, Schulen, Bibliotheken, Kirchen, Vereinen, Kunst- und Kulturschaffenden sowie «vielen engagierten Menschen». Wie selbstverständlich unterstützt auch das Kantonale Integrationsprogramm (KIP) das Anliegen. Es tritt als Sponsor auf. Ebenso die Ludothek Illnau-Effretikon. Die mit öffentlichen Geldern fabrizierte Kampagne schliesst mit den Worten: «Gemeinsam setzen wir ein Zeichen für Respekt, Menschenwürde und ein vielfältiges Zürcher Oberland.»

Detaillierte Budgetaufstellungen oder Pro-Gemeinde-Beiträge (z. B. feste Mitgliedsbeiträge an den Verein oder anteilige Kosten) sind in öffentlichen Quellen – Gemeindewebsites, Medienberichten oder der aufwendigen Programm-Broschüre – nicht ausgewiesen.

Linke haben immer recht

Wohlverstanden: Man kann ernsthaft über Rassismus und Antirassismus, Menschenrechte und religiöse Minderheiten diskutieren – im Zweifelsfalle sogar einmal auf Kosten des Steuerzahlers. Nur ist diese medial aufgeblasene Kampagne nicht das richtige Mittel. Die meist linken Veranstalter wollen ja gar nicht mit Andersdenkenden diskutieren. Denn diese sind nach ihrer Definition ja bereits Rassisten.



Gemeinsam Vielfalt kochen – auf Kosten der Steuerzahler. Bild: Adobe Stock

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Gruselstunde im Kantonsrat

In Zürich leben mittlerweile so viele englischsprachige Leute, man fühlt sich gar nicht mehr richtig wie in Deutschland. Dazu passt, dass das amerikanische Halloween unser Allerheiligen verdrängt hat. Dieser Tag fiel dieses Jahr auf den vergangenen Samstag. Der echte Spuk begann aber erst am Montag.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Halloween und Kantonsratssitzung, das kann man leicht verwechseln. Besonders, wenn es wie an diesem Montag um Steuerthemen ging. Als ob die jährliche Steuerrechnung nicht schon gruselig genug wäre, musste man während der Debatte auch noch Linken und Grünen zuhören. Betreffend Steuern scheint bei ihnen ein Wettbewerb zu laufen, wer den Segen hoher Steuern am fantasievollsten beschreiben kann. Dies war bei einer Entlastungsmassnahme für Firmen der Fall, die von der neuen OECD-Mindeststeuer betroffen sind. Erschreckend war dabei der erwähnte Fakt, dass die Mindeststeuer im Kanton Zürich sowieso kaum Auswirkungen zeigen wird, weil die Steuern bei uns jetzt schon sehr hoch sind – am höchsten in der ganzen Schweiz.

Teuflische Steuern

Nach dieser unschönen Erkenntnis ging es um die Schaffung der Möglichkeit für Gemeinden, für ihre Einwohner und für die Firmen unterschiedliche Steuerfüsse festsetzen zu dürfen. Das könnte zu einer Steigerung der Attraktivität führen. Andere Kantone kennen dieses System bereits. Im Kanton Zürich soll das nun ebenfalls möglich werden. Eine knappe Mehrheit sprach sich dafür aus.

Höllisches Klima

Das Klima-Thema ist bekanntlich nicht nur an Halloween aktuell, es ist ein grüner Dauerbrenner. Ein Evergreen also. So auch an diesem Montag. Die Grünen forderten, dass die Nationalbank ihr Geld nur dann anlegen dürfe, wenn es sich um klimafreundliche Investitionen handle. Marc Bochsler entgegnete im Namen der SVP, dass die Nationalbank unabhängig sei und auch keine Anstalt für grüne Experimente.

Engelhafte Polizei

Nach der Pause folgten mehrere Fraktionserklärungen. Tobias Weidmann verlas diejenige der SVP, die sich mit den Krawallen in der Stadt Zürich befasste. Während der Halloween-Nacht wurden nicht nur Geschäfte verwüstet, sondern auch die Polizei und die Sanität angegriffen. Befremdlicherweise gab es keine einzige Festnahme durch die Stadtpolizei. Ein Komplettversagen des linksgrünen Stadtrats, der die Stadtpolizei zu einem Streichelzoo umgebaut hat. Die SVP fordert ein konsequentes Durchgreifen, notfalls mit einer Einheitspolizei, damit der Kanton auch in der Stadt Zürich für die Sicherheit sorgen kann. Die FDP unterstützte die SVP in ihrer Fraktionserklärung und ergänzte treffend, dass die Stadtpolizei nur dann konsequent und tatkräftig ist, wenn es um das Verteilen von Parkbussen geht.

Albtraumhafte Zahlen

Spannend waren in dieser Woche auch die Antworten des Regierungsrates auf zwei Anfragen. Die erste drehte sich um das Wachstum der kantonalen Verwaltung. Ein Mitglied der SP hatte wohl die Absicht, der Initiative für den Verwaltungsstopp den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Schuss ging aber nach hinten los. Die Initiative will, dass die Verwaltung nicht schneller wachsen darf als die Bevölkerung. Der Regierungsrat musste nun bestätigen, dass die Bevölkerung in den Jahren 2019 bis 2024 um gut fünf Prozent gewachsen ist, die Verwaltung allerdings um über 12 Prozent.

Eine andere Anfrage verlangte die Zahlen zu den Kriminellen aus den nordafrikanischen Staaten. Die Antwort des Regierungsrates zeigte, dass über 80 Prozent der Asylanten aus dieser Region einer Straftat beschuldigt wurden. Diese Tatsache ist so ungeheuerlich, dass sie alle Halloween-Albträume vergessen lässt.

Zum Schluss noch ein nützlicher Ratschlag für das nächste Halloween: Wenn als grüne Monster verkleidete Kinder an Ihrer Türe klingeln, können Sie bedenkenlos öffnen. Klingeln hingegen unverkleidete Grüne, lassen Sie die Türe besser zu.



Besonders bei Steuerthemen lassen sich Halloween und Kantonsratssitzungen schnell einmal verwechseln. Bild: Adobe Stock

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Grüne wollen die Nationalbank umlackieren!



Marc Bochsler
Kantonsrat SVP
Wettswil am Albis

Stellen Sie sich vor, Sie kaufen eine Aktie einer Fluggesellschaft und verlangen anschliessend, dass der Pilot nach Ihren Anweisungen fliegt. Absurd? Genau diese Vorstellung steckt hinter einer Forderung der Grünen zur Schweizerischen Nationalbank. Weil der Kanton Zürich rund 5,2 Prozent ihrer Aktien hält, soll er plötzlich bei deren Anlagepolitik mitreden und grüne Klimaziele durchsetzen.

Die Nationalbank soll Unternehmen nach ihren Klimaplänen beurteilen, aus unerwünschten Beteiligungen aussteigen und gezielt in klimafreundliche Projekte investieren. Aus unserer unabhängigen Nationalbank würde so schrittweise ein politisch gesteuerter Ökofonds.

Dabei ist ihr Auftrag glasklar: Sie muss für Preisstabilität sorgen und im Gesamtinteresse unseres Landes handeln. Nicht nach den Vorstellungen einzelner Parteien, sondern unabhängig von der Politik. Diese Unabhängigkeit ist in unserer Bundesverfassung verankert. Und das aus gutem Grund!

Was mich besonders ärgert: Zürich hätte wahrlich andere Probleme zu lösen. Die neuesten Zahlen des Bundesamtes für Statistik sprechen eine deutliche Sprache: Zwischen 2011 und 2024 wuchs das Bruttoinlandprodukt pro Kopf im Kanton Zürich um gerade einmal zwei Prozent.

Gleichzeitig steigen unsere Staatsausgaben, neue Schulden drohen und unsere KMU kämpfen mit hohen Steuern, steigenden Kosten und immer mehr Bürokratie. Statt die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und staatliche Aufgaben kritisch zu hinterfragen, beschäftigen sich die Grünen lieber damit, wie die Nationalbank ihre Milliarden anzulegen hat.

Offenbar nach dem Motto: Wenn wir schon die Zürcher Staatsfinanzen nicht im Griff haben, kümmern wir uns wenigstens um die Nationalbank!

Besonders erstaunlich: Diese Diskussion haben wir bereits geführt. Ein vergleichbares Klima-Postulat wurde 2024 als erledigt abgeschrieben. Doch kaum ist die alte Forderung vom Tisch, wird sie unter neuem Namen wieder serviert. Alter Wein in grünen Schläuchen!

Immerhin hat der Kantonsrat am 2. November mit 95 zu 76 Stimmen die Notbremse gezogen und das Postulat abgelehnt. Ein wichtiger Entscheid für die Unabhängigkeit unserer Nationalbank und gegen weitere politische Bevormundung.

Als Unternehmer und Mitglied der Finanzkommission erwarte ich von der Politik, dass sie sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentriert: gesunde Staatsfinanzen, weniger Bürokratie, attraktive Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft und einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.

Die Nationalbank soll den Franken stabil halten – und nicht das grüne Parteiprogramm finanzieren!

Und für Zürich gilt: Weniger grüne Bevormundung. Mehr gesunder Menschenverstand.

Das Votum im Kantonsrat als Video:

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Die Geister, die sie riefen

Brennende Barrikaden, zerstörte Fahrzeuge, Angriffe auf unsere Polizei. Ein linksextremer Mob verwüstet Zürichs Strassen. Und die Grünen? Im «Talk-Täglich» erklärte mir ein grüner Gemeinderat, wir hätten eine verlorene Generation. Die Jugendlichen seien frustriert wegen der Klimakrise, des Nahostkonflikts, hoher Mieten und steigender Lebenskosten. Was für eine Bankrotterklärung! Wer Polizisten mit Steinen angreift und fremdes Eigentum zerstört, ist kein Opfer. Er ist ein Gewalttäter.

Harte Strafen für Täter

Wir leben in einem der wohlhabendsten, sichersten und freiesten Länder der Welt. Kaum ein Land bietet seiner Jugend mehr: eine starke Berufslehre, gute Löhne, tiefe Arbeitslosigkeit. Gäbe es anderswo ein besseres Leben, würden nicht Jahr für Jahr so viele Asylbewerber und Zuwanderer in die Schweiz drängen. Wer hier Barrikaden anzündet, protestiert nicht gegen schlechte Verhältnisse. Er zerstört, was Generationen vor ihm aufgebaut haben. Diese Täter brauchen keine Entschuldigungen, sondern Strafen.

Doch um die Schweiz geht es den Linksextremen gar nicht. Sie sehen die ganze Welt in den Abgrund stürzen, wegen des Klimas, wegen des Nahen Ostens. Ob Paris, Berlin oder Zürich spielt für sie keine Rolle. Sie demonstrieren gegen die Welt. Gleichzeitig verharmlosen Links und Grün in der Stadt Zürich seit Jahren linksextreme Gewalt. Besetzte Häuser werden geduldet, unbewilligte Demonstrationen toleriert. Jetzt geraten die Geister, die sie riefen, ausser Kontrolle. Dabei beklagt die Linke genau die Zustände, die sie mit ihrer Politik selbst geschaffen hat.

> *«Als Patrioten wollen wir unsere schöne Heimat bewahren.»*

Die Energiepreise steigen wegen des rotgrünen Klimawahns. Wohnraum wird knapp wegen der masslosen Zuwanderung, die Links und Grün nicht begrenzen wollen. Erst schaffen sie die Probleme, dann fordern sie mehr Staat. Die Rechnung bezahlt der Mittelstand.

Wohin dieser Weg führt, zeigt ein Blick nach Deutschland: wirtschaftlicher Niedergang, hohe Energiepreise, ein überlasteter Sozialstaat. Und was fordern unsere Jungsozialisten? Immer mehr Sozialleistungen, bezahlt mit immer höheren Steuern. Doch Wohlstand entsteht durch Arbeit, Unternehmertum und Leistung, nicht durch Umverteilung.

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Die SVP steht für das Gegenteil: einen Staat, der Sicherheit gewährleistet, seine Ausgaben im Griff hat und den Menschen ihre Freiheit lässt. Wer Verantwortung übernimmt, soll die Früchte seiner Leistung behalten. Wer Gewalt ausübt, muss die Konsequenzen tragen.

Ich demonstriere nicht gegen die Welt. Als Patriot will ich meine Heimat bewahren. Als Vater von vier Kindern will ich, dass sie dieselbe Schweiz vorfinden wie ich: sicher, frei und wohlhabend. Dafür müssen wir die Zuwanderung begrenzen und unsere Unabhängigkeit gegenüber der EU verteidigen. Die Zukunft unserer Jugend liegt nicht in brennenden Strassen und staatlicher Bevormundung. Sie liegt in Freiheit, Eigenverantwortung und der Möglichkeit, aus eigener Kraft etwas aufzubauen. Nicht mehr Staat schafft Perspektiven, sondern mehr Freiheit.



von Tobias Weidmann

MEDIENMITTEILUNG DER SVP DES KANTONS ZÜRICH

Schutz auf Zeit – Sozialhilfe auf Dauer? SVP sagt Nein!

Erst Schutz versprechen, dann Sozialhilfe zahlen: So wird aus einer vorübergehenden Aufnahme unter dem Schutzstatus S schleichend ein Daueraufenthalt – auf Kosten der Steuerzahler. Linksgrün will Personen mit Schutzstatus S nach fünf Jahren ordentliche Sozialhilfe gewähren. Gleichzeitig stuft der Bund die Rückkehr in sieben westukrainische Regionen bei neuen Gesuchen als zumutbar ein. «Aus ‹Schutz auf Zeit› wird klammheimlich ‹Sozialhilfe auf Dauer› – bezahlt von der arbeitenden Bevölkerung. Während die Rückkehr in weite Teile der Ukraine längst zumutbar ist, zementiert Linksgrün hier die Einwanderung in unser Sozialsystem. Die Bevölkerung wird für dumm verkauft, was wir nicht hinnehmen», sagt Domenik Ledergerber, Kantonsrat und Präsident der SVP des Kantons Zürich.

Die SVP unterstützt die Änderung von § 5a des Sozialhilfegesetzes (SHG). Damit bleibt die Asylfürsorge auch für Schutzbedürftige mit Aufenthaltsbewilligung massgebend. Für die SVP ist dies ein erster Schritt; sie fordert eine klare Perspektive auf Rückkehr oder Aufnahme im Rahmen eines Drittstaatenkontingents.

Die Änderung soll zudem verhindern, dass die Gemeinden ihre Abläufe auf das ordentliche Sozialhilfesystem umstellen müssen. «Damit entfällt der Wechsel von der Asylfürsorge zur Sozialhilfe, der für die Gemeinden einen administrativen Mehraufwand bedeutet hätte. Die bestehenden Betreuungs- und Unterstützungslösungen können weitergeführt werden, und die bewährten Abrechnungsmechanismen bleiben bestehen», sagt **Kantonsrat Stefan Schmid**.

> *«Linke und Grüne zementieren die Einwanderung in unser Sozialsystem.»*

Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann kritisiert, dass eine Minderheit der KSSG höhere Leistungen und zusätzlichen Verwaltungsaufwand in Kauf nehmen will: «Die Minderheit der KSSG macht den Schutzstatus S zur Eintrittskarte in die ordentliche Sozialhilfe. Nach fünf Jahren braucht es Rückführung oder eine Drittstaatenlösung. Die Antwort der Minderheit lautet hingegen: höhere Leistungen. Das ist eine sozialpolitische Geisterfahrt.»

Im Laufe des Jahres 2027 erreichen rund 8000 Schutzbedürftige einen fünfjährigen Aufenthalt im Kanton Zürich. Bei einer Erwerbsquote von rund 50 Prozent rechnet der Kanton mit einem Minderaufwand von zehn Millionen Franken, wenn er den Gemeinden Asylfürsorgepauschalen statt Sozialhilfekosten vergütet. **Kantonsrat Lorenz Habicher** beantragt deshalb, die Leistungsgruppe 3500 im Budget 2027 um zehn Millionen Franken zu kürzen. «Diese Mehrkosten dürfen wir den Steuerzahlern nicht aufbürden. Die zehn Millionen Franken gehören im Budget eingespart», sagt **Kantonsrat Marc Bochsler**.

> *«Die gescheiterte Rückkehrpolitik belastet die Zürcher Steuerzahler.»*

Die SVP wird sich weiterhin mit aller Kraft dagegen wehren, dass die Zürcher Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für eine gescheiterte Rückkehrpolitik immer weiter zur Kasse gebeten werden.

JUNGI SVP – MIR REDET #KLARTEXT!

Graue Damen? Stolze Mamis!

Wer heutzutage als junge Frau sagt, sie möchte «nur» eine Berufslehre absolvieren, erntet aus dem rotgrünen Milieu schnell bemitleidende, wenn nicht sogar tadelnde Blicke.



Cosima von Arx
Zürich

Willst du dich denn nicht selbst verwirklichen? Willst du dich später etwa unterordnen? Das sind Fragen, die einem nicht selten gestellt werden. Es scheint so, als wäre in «progressiven» akademischen Kreisen der Doktortitel das Nonplusultra. Doch seien wir ehrlich, wir brauchen nicht noch mehr Studentinnen, die bis 30 zu Hause wohnen und noch nie gearbeitet haben. Eine handfeste EFZ-Ausbildung ist genauso viel wert, wenn nicht sogar mehr. Wer mit 16 Jahren in die Arbeitswelt eintaucht, lernt echtes Anpacken und gekonntes Arbeiten direkt in der Praxis. Junge Frauen dürfen stolz darauf sein, mit ihrer Arbeit das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft zu unterstützen und dabei schon ihr erstes eigenes Geld zu verdienen.

Genauso negativ wird auch noch über ein weiteres Thema gesprochen: die Mutterschaft. Wenn man sich heutzutage die feministischen Debatten anhört, kommt man nicht selten zu dem Schluss, sie sehen die Kinder als ein reines Karrierehindernis, eine unzumutbare Belastung oder gar als eine Bürde. Ein Laster also. Doch Kinder kriegen ist etwas Wunderschönes. Wenn nicht sogar das Schönste. Es ist der Grundstein unserer Gesellschaft und ihres Fortbestehens. Wir sollten nicht die Rolle der Mutter als etwas Altmodisches und Unaufgeklärtes abtun, sondern die emotionale Hingabe einer Frau zu ihrem Kind zelebrieren und jede einzelne Frau, die sich für diesen Weg entscheidet, unterstützen. Die Kindererziehung ist etwas Hartes, ja, doch ist es auch eine Lebenserfüllung.

Anstatt jungen Frauen einzureden, ihr absolutes Lebensziel sollte der Aufstieg in die Chefetagen eines Grosskonzerns sein, sollten wir sie sich selbst entfalten und entscheiden lassen. Ansonsten kippen wir nämlich das, wofür die alten Frauenrechtlerinnen gekämpft haben: die eigene Entscheidung junger Frauen über ihre Zukunft. Die Pioniere der Frauenbewegung wollten nicht, dass Frauen zu schuftenden, anzugtragenden, mit Aktenkoffern herumlaufenden Wesen werden. Sie wollten nicht, dass die Frauen sich von den Ketten ihrer Männer lösen, nur um sich freiwillig ihren Chefs zu unterwerfen. Echte Emanzipation bedeutet schliesslich bedingungslosen Respekt vor der Entscheidung, die eine Frau für ihr Leben trifft. Egal, in welche Richtung. Eine Mutter hat genauso viel Respekt verdient wie eine Frau mit Doktortitel.



Grosses Interesse an der Schweizer Europapolitik: Mit gut 210 Gästen war der Gemeindesaal Hombrechtikon beim EU-Informationsanlass bis auf den letzten Platz gefüllt. Bild: zVg



Hochkarätige Diskussion über die neuen EU-Verträge: Dr. Marcel Erni, Nationalrat Martin Hübscher und Ständerat Daniel Jositsch diskutierten unter der Moderation von Andreas Schürer über die Zukunft der Schweiz und ihre Beziehungen zur EU. Bild: zVg

NEIN ZUR EU-UNTERWERFUNG

Volles Haus in Hombrechtikon: Die EU-Verträge bewegen die Bevölkerung

Über 210 Besucherinnen und Besucher, ein hochkarätig besetztes Podium und klare Worte zur Zukunft unseres Landes: Der EU-Informationsanlass der SVP-Sektionen Hombrechtikon, Stäfa und Oetwil am See vom 26. Oktober 2026 war ein voller Erfolg. Im Zentrum standen die drohende Übernahme von EU-Recht, die zunehmende Bürokratie aus Brüssel und die Frage, wie viel politische Eigenständigkeit die Schweiz künftig bewahren soll.



Aaron Gafner
Ausschussmitglied SVP
Bezirk Meilen
Hombrechtikon

Bereits vor Beginn der Veranstaltung zeichnete sich ab, dass das Interesse an der Schweizer Europapolitik gross ist. Der Gemeindesaal Hombrechtikon füllte sich mit gut 210 Gästen bis auf den letzten Platz. Eingeladen hatten die drei SVP-Sektionen Hombrechtikon, Stäfa und Oetwil am See zu einem Informations- und Diskussionsabend über die neuen Rahmenverträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union.

Für einen würdigen Auftakt sorgte die Spielgemeinschaft Stäfa-Hombrechtikon mit ihren musikalischen Darbietungen. Der Landfrauenverein verwöhnte die Besucherinnen und Besucher mit Schüblig, Herdöpfelsalat und weiteren Köstlichkeiten. Damit war der Rahmen für einen Abend geschaffen, an dem neben dem politischen Austausch auch die Geselligkeit nicht zu kurz kam.

Bürokratiemonster Brüssel – wenn selbst der Rotwein reguliert wird

Den ersten Höhepunkt bildete das Referat von Dr. Marcel Erni, Mitinitiant der Kompassinitiative. Mit eindrücklichen Beispielen, wirtschaftlichen Vergleichen und einer gehörigen Portion Humor führte er dem Publikum vor Augen, welche Folgen die zunehmende Regulierung durch die Europäische Union aus seiner Sicht mit sich bringt.

Besonders anschaulich war das Beispiel des Rotweins. In der EU müssen Weinproduzenten inzwischen Angaben zum Energiegehalt machen und weiterführende Informationen über Zutaten und Nährwerte bereitstellen. Auch die Schweiz beschäftigt sich mit der Übernahme entsprechender Vorschriften. Was auf den ersten Blick wie eine Kleinigkeit erscheinen mag, bedeutet für zahlreiche kleinere Weinbaubetriebe zusätzlichen administrativen Aufwand und entsprechende Kosten.

Erni stellte dabei die grundsätzliche Frage, ob solche Vorschriften tatsächlich notwendig seien oder ob die EU mit ihrer zunehmenden Regulierung längst über das Ziel hinausschiesse.

Auch der Umfang des geplanten Vertragspakets gab zu reden. Erni verwies auf tausende Seiten Vertrags- und Verordnungstexte und warnte davor, dass die Schweiz durch die dynamische Rechtsübernahme künftig immer stärker an die europäische Gesetzgebung gebunden werden könnte.

Besonders deutlich wurde seine Kritik bei den finanziellen Verpflichtungen. Während die bisherigen Kohäsionsbeiträge rund 130 Millionen Franken jährlich betrugen, sind im Rahmen des neuen Vertragspakets künftig Beiträge von rund 350 Millionen Franken pro Jahr vorgesehen. Das entspricht rechnerisch ungefähr 80 Franken pro Schweizer Haushalt und Jahr. Erni stellte den Nutzen dieser Zahlungen infrage und sprach kritisch von einem «Marktzugangszoll».

Sein Referat verdeutlichte vor allem eines: Bei den neuen EU-Verträgen geht es nicht allein um wirtschaftliche Beziehungen, sondern auch um grundlegende Fragen der demokratischen Selbstbestimmung und der politischen Eigenständigkeit unseres Landes.

Martin Hübscher mit klaren Worten gegen das Bürokratiemonster

Nach einer kurzen Pause folgte die mit Spannung erwartete Podiumsdiskussion. Unter der souveränen Leitung von Andreas Schürer diskutierten Nationalrat und Zürcher Regierungsratskandidat Martin Hübscher (SVP), Ständerat Daniel Jositsch (parteilos) und Dr. Marcel Erni über die Zukunft der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU.

Martin Hübscher kritisierte die zunehmende Regulierung aus Brüssel und bezeichnete die Europäische Union als «Bürokratiemonster». Er stellte die Frage, weshalb die Schweiz ihre bewährten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch zusätzliche Vorschriften und institutionelle Verpflichtungen einschränken sollte.

Insbesondere die dynamische Rechtsübernahme stand im Zentrum seiner Kritik. Dabei geht es um die Frage, in welchem Umfang die Schweiz künftig

> *«Wir wollen keine fremden Richter und keine fremden Herren!»*

Weiterentwicklungen des EU-Rechts übernehmen müsste und welche Folgen dies für die direkte Demokratie hätte.

Auch die wirtschaftlichen Auswirkungen zusätzlicher Regulierungen wurden intensiv diskutiert. Für Hübscher standen dabei die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen und die Bedeutung eigenständiger politischer Entscheidungen im Vordergrund.

Direkte Demokratie oder stärkere Anbindung an Brüssel?

Eine andere Sichtweise brachte Ständerat Daniel Jositsch in die Diskussion ein. Er betonte insbesondere die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für den Forschungsstandort Schweiz. Der Zugang zu europäischen Forschungsprogrammen sowie die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen seien wichtige Faktoren, die bei einer Beurteilung der neuen Verträge nicht ausser Acht gelassen werden dürften.

Gleichzeitig stellte Jositsch eine grundsätzliche Frage zur künftigen Ausrichtung der Schweizer Europapolitik: Will die Schweiz den eingeschlagenen Weg mit der EU weitergehen und die neuen Verträge akzeptieren? Oder entscheidet sie sich bewusst gegen das Vertragspaket, verfolgt einen eigenständigeren Weg und sucht nach zusätzlichen Möglichkeiten für den internationalen Marktzugang?

Kontroverse, aber respektvolle Diskussion

Kontrovers diskutiert wurden auch die direkte Demokratie, die Rolle des Europäischen Gerichtshofs und die Auswirkungen der dynamischen Rechtsübernahme. Ebenso kamen Protestbewegungen innerhalb verschiedener EU-Mitgliedstaaten zur Sprache, die von den Kritikern als Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen und Regulierungen auf europäischer Ebene angeführt wurden.

Die unterschiedlichen Standpunkte sorgten für eine lebhafte Diskussion. Trotz teilweise deutlicher Meinungsverschiedenheiten blieb der Austausch respektvoll und sachlich. Den Abschluss bildete eine Fragerunde, bei der die Besucherinnen und Besucher ihre Fragen direkt an die Podiumsteilnehmer richten konnten.

Ein starkes Zeichen für das politische Engagement

Hinter dem gelungenen Abend stand ein engagiertes Organisationskomitee bestehend aus Lukas Bubb, Präsident SVP Stäfa, Eugen Hunziker, Präsident SVP Oetwil am See, und OK-Präsident Aaron Gafner, Ausschussmitglied der SVP Bezirk Meilen.

Zahlreiche freiwillige Helferinnen und Helfer unterstützten die Veranstaltung beim Aufbau, beim Empfang, im Service und beim anschliessenden Aufräumen. Besonders erfreulich war die tatkräftige Mithilfe zahlreicher Kantonsratskandidatinnen und Kantonsratskandidaten aus dem Bezirk Meilen im Hinblick auf die Wahlen 2027.

Auch der Landfrauenverein und die Spielgemeinschaft Stäfa-Hombrechtikon trugen mit ihrem Einsatz wesentlich zum Gelingen der Veranstaltung bei.

Für OK-Präsident Aaron Gafner war der Abend ein persönlicher Höhepunkt. Mit gut 210 Gästen, einem hochkarätigen Podium und zahlreichen positiven Rückmeldungen seien die Erwartungen erfüllt worden. Besonders erfreulich sei gewesen, dass sich so viele Menschen aus der Region für die Zukunft der Schweiz und ihre Beziehungen zur Europäischen Union interessierten und den Anlass aktiv mitgestalteten.

Der Abend in Hombrechtikon zeigte eindrücklich, dass die Diskussion über die neuen EU-Verträge die Bevölkerung beschäftigt. Die unterschiedlichen Argumente machten deutlich, wie weitreichend die bevorstehenden politischen Entscheidungen für die Schweiz sind.

Für die SVP bleibt dabei die Frage nach der Wahrung der direkten Demokratie, der Eigenständigkeit und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes von zentraler Bedeutung.

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

ZUM EU-PAKET

Dynamische Rechtsübernahme – Ausgleichszahlungen – Verhältnismässigkeit

Bei Annahme des EU-Pakets stimmen wir automatisch auch der dynamischen Rechtsübernahme zu. Die Schweiz weiss nicht, welche EU-Rechtsakte sie künftighin mit welchem Inhalt übernehmen muss. Die EU-Turbos sagen, die Übernahme erfolge in aller Freiheit.



Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Eine grössere Unwahrheit gibt es kaum. Selbstverständlich kann zwar im Einzelfall die Schweiz die neuen EU-Erlasse ablehnen. Dies geschieht aber nicht freiwillig. Stimmt die Bundesversammlung zu, kann z.B. gegen den EU-Erlass das Referendum ergriffen werden. Bei der Volksabstimmung sind die Stimmberechtigten aber nicht frei. Über der Abstimmung schwebt das Gespenst der Ausgleichszahlungen, einem gefrässigen Raubvogel gleich. Diese können für die Schweiz im Fall der Ablehnung des neuen EU-Erlasses sehr happig sein. Mancher Stimmberechtigte wird aus Bedenken oder Angst dem neuen EU-Erlass zustimmen, obschon er eigentlich lieber «Nein» sagen würde. Die EU will die Zustimmung. Ihr sind die in der Schweiz tief verankerten demokratischen Rechte schnuppe. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der EU. Sie ist keine Demokratie. Zwar wird eingewendet, die Ausgleichszahlungen müssten ja verhältnismässig sein. Vorerst stellt sich aber die Frage, weshalb überhaupt Ausgleichszahlungen erhoben werden.

Ausgleichszahlungen für den Raubvogel EU

Ausgleichszahlungen dienen hauptsächlich dazu, den unsäglichen finanziellen Hunger der maroden EU zu stillen. Ausgleichszahlungen müssen jedoch verhältnismässig sein. Nach der Schweizerischen Bundesverfassung entscheiden über die Einhaltung des Verhältnismässigkeitsgrundsatzes bei uns unabhängige Gerichte. Nicht jedoch so, wenn wir dem EU-Paket zustimmen. Dann entscheidet ein Schiedsgericht, ob die Ausgleichszahlungen von der EU nach Ansicht der Schweiz zu hoch angesetzt werden. Dieses ist nun aber bei seinem Urteil nicht frei, wie es ein Rechtsstaat verlangt. Das Schiedsgericht hat nach dem EU-Paket den Europäischen Gerichtshof vor seinem Entscheid anzufragen. Somit liegt der Entscheid beim Gericht der Gegenpartei. Und noch «schöner»: Der EuGH ist nicht frei. Er hat das EU-Recht durchzusetzen.

«Wer die Schweiz liebt, stimmt NEIN zur EU-Unterwerfung!»

Frage an die EU-Turbos

Ist die gesamte Lösung aus Sicht des Rechtsstaates nicht eine schlimme Spiegelfechterei? Ist sie nicht ein Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat, auf unsere Unabhängigkeit? Ist es einem Schweizer mit Gewissen erlaubt, dem EU-Paket zuzustimmen? Wer die Schweizerische Eidgenossenschaft nur einigermassen liebt, für den kommt nur ein «Nein» zum EU-Paket in Betracht.

BLOCHERS KLARTEXT

1000 Mal Teleblocher

Es war eine Idee des leider verstorbenen Verlegers der «Schaffhauser Nachrichten»: Norbert Neininger schlug 2007 – kurz vor meiner Abwahl aus dem Bundesrat – vor, ich solle mich wöchentlich interviewen lassen.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Zum Vorbild diente ihm offenbar das «Wort der Woche», das der Schaffhauser SP-Stadtpräsident Walther Bringolf über viele Jahre an seine Bevölkerung gerichtet hatte. Ab der ersten Sendung führte der Journalist Matthias Ackeret durch die Sendung und machte sie zur «Mutter aller Internetsendungen».

Ackeret war eine logische Wahl, denn er hat mit dem «Blocher-Prinzip» nach Gesprächen mit mir ein Führungsbuch geschrieben. In der Sendung kommentierte ich fortan aussenpolitische und innenpolitische Themen. Und dies ohne vorher abgesprochene Fragen, ohne aufpassende Kommunikationsprofis, ohne Schnitt. Gemäss der linken Schaffhauser AZ wurde Teleblocher als «Fernsehsendung zur meistzitierten der Schweiz». Der Bundesrat selber tagte mehrmals zum Thema und diskutierte, ob ein solches Sendegefäss überhaupt erlaubt sei.

Das Ritual von «Teleblocher» ist jeden Freitagmorgen gleich: Um sieben Uhr treffe ich mich mit Matthias Ackeret und Kameramann Claudio Ferrari zum Kaffee. Danach geht's gut zwanzig Minuten auf Sendung. Produziert vom Schaffhauser Fernsehen.

Die tausendunderste Sendung nahmen wir am letzten Donnerstag auf: 1001, um zu zeigen, dass es weitergeht! Aus Anlass des Jubiläums in besonderem Rahmen im «Haus zur Freiheit» von Toni Brunner und Esther Friedli – und für einmal vor Publikum. Natürlich hätte keiner der Beteiligten 2007 gedacht, dass damals eine Sendung begann, die fast zwanzig Jahre später noch immer bestehen würde. Solange «Teleblocher» wie seit der ersten Sendung auch noch bei der Tausendsten noch treue Zuschauerinnen und Zuschauer hat, werden wir weitermachen.

ENDLICH HART DURCHGREIFEN

Vom Demonstrationsrecht zum Strassenterror getarnt als «Solidarität»

Es war einmal eine intakte Welt. Anständige Bürger demonstrierten anständig für eigene Anliegen. Heute scheint das Demonstrationsrecht zum Freibrief für Strassenterror verkommen zu sein. Wo früher der Wille brannte, brennen heute Städte. Paris, Marseille, Bern, Zürich, Lausanne.



Jane Bailey
Gemeinderätin SVP
Zürich

Der Vorwand war sehr gut: «Studenten demonstrieren für bessere Schulen und eine bessere Zukunft.» Wären da nur nicht brennende Autos, geplünderte Geschäfte und die Angriffe auf Zivilisten und Polizisten. In Wahrheit steckte dahinter ein bestens organisierter und gefährlicher linksextremer Mob. Das eigentliche Ziel: die nationale Sicherheit destabilisieren, fast schon ein Staatsstreich.

Die Krawalle verbreiten sich wie ein Krebsgeschwür. Weltweit. Inzwischen muss die Lausanner Polizei sogar Schüler vor der Beteiligung an eskalierenden Protesten mittels verteilter Flyer warnen. Dennoch erzählt man uns weiter die Mär von «Studentenprotesten». Mit Bildungsnöten oder einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Jugend hat das nichts zu tun. Es ist pure Zerstörungswut. Gewalt um der Gewalt willen, ausgeübt von einer wilden und unkontrollierten Meute.

JUSO wollen die Schweiz zerstören

Die politische Parole dient als Tarnung, die Demonstration als Bühne und die Strasse als Spielplatz für Gewalttäter. Diese Zerstörungswelle wollen die JUSO

«Scheiben einschlagen ist kein Protest. Gewalt ist keine Botschaft.»

nun unbedingt in die Schweiz holen. Und sie müssen es ja wissen! Sie waren an vorderster Front dabei, sind «live» mitmarschiert und haben sicherlich viel gelernt. Den Deckmantel einer feigen Pseudo-«Solidarität» nutzt man nun als Freipass, um auch die Schweiz auseinanderzunehmen. Die Vorfreude ist gross.

Eine Kostprobe erlebte Zürich in der Halloween-Nacht: Zürich brannte, Fensterscheiben wurden eingeschlagen, Polizisten mit Steinen und Feuerwerk attackiert. Weiter geht es am 20. November, sogar im Voraus angekündigt! Fremde Krisen und Krawalltourismus kommen in die Schweiz.

Das Muster ist überall gleich: endlose Demonstrationen, die keinerlei Bezug zu den Belangen des eigenen Lebens oder Landes haben. Stets abstrakte Forderungen, die nie erfüllt werden können. Wie kann man auch einer Forderung nachgeben, für die weder die Gemeinde noch der Kanton noch der Bund zuständig ist? Genau. Gar nicht! Also geht der Strassenterror in Endlosschleife einfach weiter.

Importierte Gewaltwellen

Die Wurzeln liegen tief. In den 80er-Jahren wurde die Jugend für die Linke gefügig gemacht: mit Drogen und dem Kampf um rechtsfreie Räume. Daraus entstand die moderne Antifa-Kultur mit ihren autonomen Zonen, in denen der Staat nichts zu sagen hat.

Parallel dazu kam die massive Zuwanderung kräftiger junger Männer aus muslimischen Ländern, getarnt als Flüchtlinge. Importierte Gewalt funktioniert gut, und so haben sich zwei Welten gefunden: der linke Krawall-Romantiker und seine ausführende Kraft, die nur Gewalt als Mittel anerkennt. Eine explosive, marxistisch-islamistisch durchsetzte Mischung.

Fazit: Während die Schweiz den Feind noch im Ausland sucht, ist er bereits mitten im Land in Form zahlloser, sehr gut vernetzter linksextremer, gewaltbereiter Gruppierungen. Wer ständig im Dreck anderer Länder wühlt, sollte zuerst den eigenen Stall ausmisten.

Und wenn sie nicht gestorben sind, dann randalieren sie noch heute.

SVP WEININGEN

Stammtisch-Talk bei der SVP

Der Stamm der SVP Weiningen vom 23. Oktober 2026 stand im Zeichen der bevorstehenden Kantonsratswahlen 2027.

Mit Rochus Burtscher aus Dietikon, Jennifer Fischer aus Oetwil a.d.L. sowie Patrik Zamora aus Fahrweid wurden drei engagierte Persönlichkeiten vorgestellt, die sich politisch einbringen und Verantwortung übernehmen möchten. Der Abend sollte in ungezwungener Atmosphäre Gelegenheit bieten, die Kandidierenden durch vielfältige Fragen zu ihrer Person, Familie, ihren Zielen und Beweggründen näher kennenzulernen.

Dazu lud der Präsident Roman Fleisch zu einem Talk an den Stammtisch ein, wo er eine spannende und informative Gesprächsrunde moderierte. Auch Lacher blieben nicht aus, was zu einer gelungenen und spannenden Atmosphäre führte. Zudem wurde über den erfolgreichen Besuch des SVP-Schiessens in Marthalen berichtet: Die Gruppe «Solaris» erreichte mit 281 von 300 Punkten nach einer Korrektur der Rangliste den ersten Platz und verwies die Gruppe «Kloster» aus Unterengstringen auf den zweiten Platz zurück.

Für die Friedensrichterwahlen von Weiningen, Geroldswil und Oetwil a.d.L. ist das Auswahlverfahren am Laufen und wird sicher einen spannenden Ausgang bringen. Als geeigneter Kandidat wird Christoph Erni seitens der SVP empfohlen.

Anfang Oktober wurde eine neue Ortspartei «Mitte rechtes Limmattal» gegründet. Deren Präsidentin Carole Barth Sova aus Weiningen hofft nun auf Mitgliederzuwachs aus den Gemeinden Oetwil a.d.L., Geroldswil, Weiningen und Unterengstringen.

Jennifer Fischer, SVP-Präsidentin der Ortspartei Oetwil-Geroldswil, warb für ihre Veranstaltung am 3. November 2026 in der Hosti in Geroldswil mit den geladenen Gästen Natalie Rickli, Martin Hübscher und Ernst Stocker. Im zweiten Teil des Abends wurde ein fantastisches Raclette nach dem Motto «Es hät, solangs hät» aufgetischt, wobei auch die Gespräche nicht zu kurz kamen.

Roman Fleisch,
Präsident SVP Weiningen

LESERBRIEF

Unsere Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit



Susanne Gerber
Präsidentin SVP Bäretswil
Bäretswil

Wenn es um die Sicherheit unseres Landes geht, dürfen wir nicht einfach die Augen vor der Realität verschliessen. Die Welt ist unsicherer geworden, Konflikte rücken näher und die Schweiz muss sich ernsthaft fragen, wie gut sie im Ernstfall aufgestellt ist.

In den vergangenen Jahren wurde unsere Armee aus meiner Sicht viel zu weit heruntergefahren. Fähigkeiten und Mittel wurden abgebaut, während die Sicherheitslage in Europa immer ernster geworden ist. Jetzt müssen wir wieder Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass unsere Armee ihren Auftrag erfüllen kann.

Für mich ist klar: Eine glaubwürdige Neutralität braucht eine starke Armee – und eine starke Armee braucht eine leistungsfähige Schweizer Rüstungsindustrie.

Wer unsere Sicherheit ernst nimmt, muss auch dafür sorgen, dass unsere Rüstungsbetriebe verlässliche Rahmenbedingungen haben. Wenn unsere Partnerstaaten künftig auf Lieferungen aus der Schweiz verzichten, weil unsere Vorschriften zu unberechenbar sind, schwächen wir langfristig auch unsere eigene Verteidigungsfähigkeit. Denn im Ernstfall können wir nicht einfach davon ausgehen, dass andere Länder uns zuerst beliefern.

Natürlich darf Kriegsmaterial nicht leichtfertig in falsche Hände geraten. Doch Sicherheitspolitik bedeutet auch, Verantwortung zu übernehmen und die Realität anzuerkennen. Es reicht nicht, von Neutralität zu sprechen und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine glaubwürdige Landesverteidigung zu schwächen.

Ich engagiere mich seit vielen Jahren im Schiesssport und weiss, wie wichtig Verantwortung, Ausbildung und der sorgfältige Umgang mit Waffen sind. Sicherheit entsteht nicht durch schöne Worte, sondern durch Vorbereitung, klare Regeln und die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen.

Wir müssen unsere Armee stärken, unsere eigene Verteidigungsfähigkeit erhalten und dürfen uns nicht immer stärker vom Ausland abhängig machen. Das ist für mich keine Frage von Ideologie, sondern von gesundem Menschenverstand.

Für mich ist deshalb klar: Ich werde am 29. November JA zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes stimmen. Ich will eine Schweiz, die ihre Neutralität ernst nimmt, ihre Armee stärkt und für ihre eigene Sicherheit Verantwortung übernimmt. Denn unsere Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit – und wir dürfen nicht erst handeln, wenn es zu spät ist.

Unterstützen Sie die SVP im Kampf für Freiheit und Sicherheit mit einer Spende!

svp.ch/mitmachen/spenden



Fadegrad



von
Marion Matter

«Komm, lass uns randalieren gehen!»

Seit dem 17. Oktober rollt eine Welle der Proteste und Demonstrationen über Frankreich. Tausende wurden verhaftet, hunderte Polizisten verletzt. Es dauerte nicht lange, und die Ausschreitungen breiteten sich wie ein Flächenbrand aus: Italien, Albanien, Spanien und nun am vergangenen Wochenende auch in Deutschland. Bilder von Plünderungen, brennenden Kioskhäuschen, verschandelten Wahrzeichen und Scharmützeln mit den Sicherheitskräften gingen um die Welt – man wähnte sich schon fast im Krieg.
Die Ereignisse riefen auch die hiesige linksextreme Szene auf den Plan. Man will ja auch seinen Spass dabei haben, Scheiben einzuschlagen, Molotowcocktails zu schmeissen, Autos in Brand zu stecken und sich nebenbei noch mit der Polizei Strassenschlachten zu liefern. «Komm, lass uns randalieren gehen!», hei, was für eine tolle Freizeitbeschäftigung! Da fühlt man sich am Tag danach bestimmt richtig erfüllt. Fremdes Eigentum zu zerstören und Polizeikräfte vermöbeln zu wollen, ist ja sowas von prickelnd. «Nieder mit dem Kapitalismus!», schreien sie, nur vergessen all die Problemponys und Arafat-Tüechli-Träger, dass dieser unseren Wohlstand überhaupt ermöglicht hat.
Wenn ich mir auch noch so lange den Kopf darüber zerbreche, will mir einfach kein sozialistisch regiertes und gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreiches Land in den Sinn kommen, in dem die Menschen auch noch frei und selbstbestimmt leben können. Kuba vielleicht oder Nordkorea? Unterdrückung, politische Verfolgung und schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte sind an der Tagesordnung. Demokratie? Fehlanzeige! Die übelsten Diktatoren der Geschichte entstammen dem Sozialismus. Wir erinnern uns an Josef Stalin, Mao Zedong oder Fidel Castro – ihren Regimen fielen Millionen zum Opfer.
In Paris sollen sich Medien zufolge auch zwei JUSO-Politiker Inspiration geholt haben. Nun sind für den 20. November in mehreren Schweizer Städten Demonstrationen und Kundgebungen geplant. Man fragt sich ernsthaft, welche Parallelen die JUSO oder der linksradikale Mob, der sich an Halloween im Zürcher Kreis 4 austobte, zu Frankreich sieht. Während die französischen Jugendlichen unter anderem monatelangen Unterrichtsausfall, auseinanderfallende Schulhäuser oder gar Mangel an Toilettenpapier anprangern, unterrichten unsere Lehrkräfte brav nach Stundenplan. Hierzulande kommt man sogar in den Genuss genderneutraler Toiletten und von gratis Menstruationsprodukten unter dem Motto «Perioden-Armut stoppen». Die Schweiz verfügt über eines der teuersten Bildungssysteme. Was es da zu motzen gibt, erschliesst sich mir wirklich nicht.
In Tat und Wahrheit geht es nur darum, ordentlich die Sau rauszulassen – da ist in der Erziehung etwas fundamental schiefgelaufen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Zürich wird zum rechtsfreien Raum für Randalierer und Unruhestifter!

Was sich in der Nacht auf Sonntag im Kreis 4 abgespielt hat, ist beispielhaft für das politische Versagen der linken und grünen Stadtregierung. Sogar bei angekündigten linksradikalen Krawallen ist sie unfähig, im Vorfeld ein taugliches Dispositiv zu planen und Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten.

Linksextreme Agitatoren wie die Antifa haben im Vorfeld informiert, dass sie die gleiche Zerstörungswut wie in Paris und anderswo in Europa auch nach Zürich bringen wollen. Es darf daher nicht erstaunen, dass vermummte Chaoten brennende Barrikaden aus Containern errichten und Tramwartehäuschen zertrümmern, Schaufenster einschlagen und unsere tapferen Polizisten mit Flaschen, Steinen und Feuerwerk angreifen konnten. Wer es trotz Vorwarnung so weit kommen lässt, trägt die Verantwortung!

Besonders erschütternd ist der Vorfall, bei dem eine Polizeipatrouille angegriffen wurde, als sie einem verletzten Jugendlichen medizinische Hilfe leisten wollte. Polizisten mussten sich zurückziehen, statt einem verletzten Menschen helfen zu können. Wer so weit geht, überschreitet jede Grenze!

Eklatantes Versagen des Stadtrates?

Statt alles zu unternehmen, um die unbewilligte Krawallveranstaltung im Keim zu ersticken, hält die Polizeivorsteherin an ihrer untauglichen Strategie der «Verhältnismässigkeit» fest. Bei bewilligten Demonstrationen mag das ja angehen, bei linksextremen, ausufernden und angekündigten Krawallen muss eine tauglichere Abwehrstrategie herangezogen werden.

Die Folgen der Hätschelei der eigenen Klientel zeigten sich am Samstagabend einmal mehr auf den Strassen Zürichs. Ein schwacher Trost für alle Geschädigten ist, dass nach den Ausschreitungen Untersuchungen eingeleitet wurden. Die SVP erwartet eine schonungslose Aufarbeitung dieses politischen Versagens des Stadtrates und restriktive Massnahmen. Der nächste Krawall ist bereits angekündigt und soll als bewilligte Demonstration auf dem Paradeplatz stattfinden. Die SVP fordert, dass die Bewilligung für diese Protestaktion entzogen wird.

Es kann nicht sein, dass für immer neue Prestigeprojekte und ideologische Vorhaben Geld vorhanden ist, während bei der Sicherheit unserer Bevölkerung gespart wird.

Die Polizei darf nicht zum «Kanonenfutter» bei linksextremen Ausschreitungen werden. Sie braucht den nötigen politischen Rückhalt, genügend Personal, ausreichende Mittel und eine klare Einsatzdoktrin, die der neuen Bedrohungslage gewachsen ist. Die wiederholte Ablehnung zusätzlicher Polizeikräfte durch die linke Mehrheit im Gemeinderat muss deshalb ebenfalls kritisch hinterfragt werden. Deshalb prüfen wir weitere politische Mittel, um die Polizei zu stärken.

Sicherheit ist allererste Staatsaufgabe! Die Bevölkerung hat ein Recht auf sichere Strassen, intakte Geschäfte und einen funktionierenden Rechtsstaat. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, ohne Angst vor gewalttätigen Ausschreitungen leben zu können. Und unsere Polizistinnen und Polizisten haben ein Recht darauf, bei ihrer Arbeit politisch nicht im Stich gelassen zu werden.

Fraktionserklärung der SVP-Gemeinderatsfraktion

SVP DIETIKON

JA zur Sicherheit – NEIN zur MwSt-Erhöhung

An der Parteiversammlung vom Mittwoch, 28. Oktober 2026, fasste die SVP Dietikon im Restaurant Heimat die Parolen zu den eidgenössischen und kommunalen Vorlagen vom 29. November 2026. Präsident Sandro Strässle startete pünktlich und führte gekonnt durch den Abend.

Den Auftakt machte Nationalrat Mauro Tuena zur «Änderung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial». Seine Botschaft war unmissverständlich: «Wer keine eigene Rüstungsindustrie hat, hat auch keine Verteidigungsfähigkeit. Mit der Vorlage bleibt die Schweiz wettbewerbsfähig, unsere Armee wird gestärkt und wir machen uns nicht vom Ausland abhängig.» Die Versammlung fasste einstimmig die JA-Parole.

Zur Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer referierte Vorstandsmitglied Cyril Graf. Die Mehrwertsteuer trifft alle – auch diejenigen, die bereits die 13. AHV-Rente erhalten werden. Die SP und die Gewerkschaften haben ihr Versprechen gebrochen, dass es keine Zusatzfinanzierung bräuchte. Im Durchschnitt belastet sie jeden Haushalt jährlich mit rund 180 Franken. Grossmehrheitlich hat die Versammlung die NEIN-Parole beschlossen.



NR Mauro Tuena und GR Sandro Strässle. Bild: zVg

Das traditionelle Feuerwerk am 1. August und an Silvester soll erhalten bleiben. Warum die Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» am Ziel vorbeischiesst, erläuterte Vorstandsmitglied Rico Iacovelli ausführlich. Wegen zwei Tagen im Jahr braucht es kein Verbot in der Bundesverfassung. Die Gemeinden können heute schon die Feuerwerksregelung festlegen und müssen nicht bevormundet werden. Die Versammlung folgte dieser Argumentation und fasste grossmehrheitlich die NEIN-Parole.

Gemeinderat und Präsident der SVP Dietikon Sandro Strässle stellte die Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Heiratsstrafe!» vor. Diese Heiratsstrafe gehört abgeschafft: Ehepaare sollen gegenüber anderen Steuerpflichtigen nicht benachteiligt werden, und dieser Grundsatz soll in der Bundesverfassung verankert werden. Hierzu beschloss die Versammlung grossmehrheitlich die JA-Parole.

Zur kommunalen Vorlage «Revision des Anstaltsvertrags der Limeco» nahm GR Koni Lips kurz Stellung. Die grosse Mehrheit der Versammlung hat die JA-Parole gefasst.

Als Gast stellte Bruno Wolf den gemeinnützigen Verein «Swiss 4 Swiss» vor. Dieser Verein unterstützt Schweizerinnen und Schweizer im In- und Ausland, die unverschuldet in finanzielle Not geraten, so etwa Alleinerziehende, Rentner oder Menschen mit Beeinträchtigung. Die Hilfe zielt auf dringende Anschaffungen wie Medikamente oder Therapien hin.

Um 21.00 Uhr wurde die Versammlung geschlossen und die Anwesenden nutzten noch die Gelegenheit, sich mit den Referenten auszutauschen.

Rico Iacovelli, Vorstandsmitglied

SVP USTER

Bewahren, was wir lieben – gemeinsam Richtung 2027!

Beim Parteihöck im Restaurant Hirschen in Nänikon haben wir vorausgeschaut: auf die Wahlen 2027, aktuelle politische Themen und unseren gemeinsamen Einsatz für eine bürgerliche Politik.



Daniel Schnyder
Gemeinderat und
Präsident SVP Uster
Uster

Marco Calzimiglia, Parteisekretär der SVP des Kantons Zürich, gab uns spannende Einblicke in die Wahlvorbereitungen. Auch der persönliche Austausch und das gemütliche Zusammensein kamen nicht zu kurz.

Mit dabei waren Kantonsrätin Anita Borer und Gemeinderätin Désirée Gruber. Beide kandidieren am 4. April 2027 für den Kantonsrat – zwei engagierte Frauen aus Uster, die Verantwortung übernehmen!

Herzlichen Dank an Marco für seinen Besuch und an unsere Gastgeberin Maggie Bucher, wiedergewähltes Mitglied der Sekundarschulpflege Uster. Danke auch allen, die dabei waren und mitdiskutiert haben.

Gemeinsam bleiben wir dran – in Uster, für Uster. Volksnah, bodenständig und bürgerlich.



v.l.n.r.: Kantonsrätin Anita Borer, Parteisekretär Marco Calzimiglia, Maggie Bucher und Gemeinderätin Désirée Gruber. Bild: zVg

axpo

Rund ein Drittel Kernenergie – mehr, als man denkt.

Als stabile Stromquelle liefern Kernkraftwerke rund ein Drittel des in der Schweiz produzierten Stroms, rund um die Uhr, verlässlich, CO2-arm und unabhängig von Wetter und Jahreszeit. Damit sind sie ein wichtiger Teil der Energie-Vielfalt und könnten im Langzeitbetrieb noch über viele Jahre zur sicheren Stromversorgung der Schweiz beitragen.

Mehr erfahren.

axpo.ch

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

Die Schweizerische Volkspartei SVP des Kantons Zürich sucht per 1. April 2027 oder nach Vereinbarung eine/n

Fraktionssekretär/in (80%)

Sie suchen eine anspruchsvolle, vielseitige und selbständige Arbeit? Sie nehmen motiviert am direktdemokratischen, politischen Leben des Kantons Zürich teil und teilen die bürgerlichen und freiheitlichen Werte der SVP? Sie sind flexibel und arbeiten effizient? Sie denken konstruktiv und sind mehr an Lösungen als an Problemen interessiert?

Wenn Sie diese Fragen mit Ja beantworten, bewerben Sie sich für die spannende Aufgabe bei der grössten Partei des Kantons Zürich.

Diese Aufgaben warten auf Sie:

- Verantwortung für die organisatorische und administrative Betreuung und Unterstützung der SVP-Kantonsratsfraktion und den dazugehörenden Kommissionen
- Vor- und Nachbereitung der fraktionsinternen Sitzungen
- Organisation der Fraktionsanlässe
- Selbständige Verwaltung des Fraktionsgeschäftssystems
- Koordination zwischen Kantonsratsfraktion, Parteisekretariat und anderen Parteigremien
- Sitzungseinladungen und Mitarbeit für die verschiedenen Gremiensitzungen der SVP Kanton Zürich (inkl. Protokollierung)
- Mithilfe bei zahlreichen Veranstaltungen der SVP Kanton Zürich
- Unterstützung der Redaktion unserer wöchentlichen Parteizeitung
- Mitarbeit im Organisationskomitee der jährlichen Albisgüetli-Tagung

Was wir von Ihnen erwarten:

- Kaufmännische Grundausbildung, ein stilsicheres Deutsch, sehr gute Kenntnisse der MS-Office-Anwendungen
- Affinität zur kantonalen, bürgerlichen Politik der SVP
- Selbständige, effiziente und termingetreue Erledigung der anfallenden Arbeiten, auch in hektischen Zeiten
- Belastbarkeit sowie zeitliche Flexibilität (inkl. Abend- und Wochenendeinsätze)
- Hohes Dienstleistungsverständnis und die Fähigkeit, mit verschiedenen Anspruchsgruppen umzugehen
- Offene und kommunikative Persönlichkeit mit hoher Sozialkompetenz im Umgang mit Menschen

Was wir Ihnen bieten:

- Zeitgemässe und attraktive Anstellungsbedingungen
- Einarbeitung durch die aktuelle Stelleninhaberin
- Motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Interessante Kontakte zu Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- Arbeitsorte: Rathaus Hard, Zürich (Montag) sowie Dübendorf

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann senden Sie Ihre Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen und einem Motivationsschreiben, inkl. Lohnvorstellung, im PDF-Format an marco.calzimiglia@svp-zuerich.ch.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen der Parteisekretär Marco Calzimiglia unter Telefonnummer 079 353 43 19 gerne zur Verfügung.

SVP STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Embrach
Mittwoch, 25. November 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindehaussaal, Dorfstrasse 9, Embrach, mit den Nationalräten Gregor Rutz, Benjamin Giezendanner und Franz Grüter.

Bezirk Bülach/Opfikon
Freitag, 6. November 2026, 18.00 Uhr, Herbstanlass, Hilton Zurich Airport, Hohenbühlstrasse 10, Opfikon, mit Nationalrat Gregor Rutz. Anmeldung an svp@svp-opfikon.ch.

Bezirk Dielsdorf/Wehntal
Freitag, 6. November 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindesaal, Chlupfwiesstrasse 1A, Oberweningen, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Benjamin Fischer und Martin Hübscher. Anschliessend Apéro.

Bezirk Pfäffikon/Bauma
Donnerstag, 19. November 2026, 19.00 Uhr, SVP bi de Lüüt, Gasthaus Löwen, Blitterswilerstrasse 1, Saland, mit den Nationalräten Therese Schläpfer und Martin Hübscher sowie Kantonsrat Paul von Euw.

Bezirk Pfäffikon/Illnau-Effretikon
Samstag, 7. November 2026, 08.30 Uhr, Standaktion, Effimärt, Effretikon, mit Kantonsrat René Truninger und Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Uster/Uster
Samstag, 21. November 2026, 11.00 Uhr, Fondueplausch, Forsthaus, Haldenstrasse 20, Uster, mit Nationalrat Bruno Walliser. Anmeldung an daniel.schnyder@svp-uster.ch.

Bezirk Winterthur/Dinhard
Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr, Pizzaessen und Parolenfassung, Restaurant Bahnhof Fratelli, Seuzacherstrasse 108, Dinhard, mit Regierungsrätin Natalie Rickli und Alt Nationalratspräsident Jürg Stahl.

Bezirk Winterthur/Hagenbuch
Samstag, 14. November 2026, 18.00 Uhr, Raclette-Essen, Altes Gemeindehaus, Saal, Dorfplatz 2, Hagenbuch, mit Nationalrat Benjamin Fischer. Anmeldung an rolfsturzenegger@hispeed.ch.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 7. November 2026, 09.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz beim Migros, Wipkingen.

Samstag, 14. November 2026, 09.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg beim Kiosk, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 7. November 2026, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich Oerlikon.

Samstag, 21. November 2026, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich Oerlikon.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 7. November 2026, 09.00 Uhr, Standaktion, vor dem alten Brunnen am Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Samstag, 14. November 2026, 09.00 Uhr, Standaktion, Bushaltestelle Fellenbergstrasse beim A-Park, Zürich-Albisrieden.

Samstag, 21. November 2026, 09.00 Uhr, Standaktion, vor dem alten Brunnen am Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 13. November 2026, 18.00 – 22.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Allmendstrasse 5, Regensdorf, mit Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Festwirtschaft.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer — ISSN 1660-6701 — ISSN 2296-3480 — Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6 % MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6 % MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich



Geschätzte Stimmbevölkerung der Stadt Zürich
Viele ältere Mitbürger werden leider aus unserer Stadt verdrängt. **Es gibt zu wenig Alterswohnungen.**

Deshalb ermöglichen wir mit einem **JA zur Volksinitiative** Hunderten älteren Mitbürgern den Zugang zu städtischen Alterswohnungen und sorgen für eine gute Durchmischung zwischen den Generationen. **Und das, ohne einen Franken zusätzliches Steuergeld aufwenden zu müssen.**

Der Gegenvorschlag hingegen ist teuer und nutzlos. Er will 100 Millionen Steuerfranken planlos an eine Stiftung überweisen. Dadurch ist aber noch keine einzige zusätzliche Alterswohnung verfügbar.

Die 100 Millionen zahlen Sie mit Ihren Steuern! Die Schuldenpolitik zieht uns das Geld aus den Taschen und richtet sich direkt gegen die heutigen Steuerzahler und gegen die Kinder und Jugendlichen. **Oder sollen die Jungen später den Schuldenberg der Erwachsenen abtragen müssen?**

«JA zu 20 Prozent Alterswohnungen in städtischen Liegenschaften»

So stimmen Sie richtig

Spendenkonto: CH04 0900 0000 6007 0565 1

